

OTTO BRENNER

## Nein zum Notstandsgesetz — Ja zur sozialen Demokratie

*Am 22. März 1963 sprach Otto Brenner in einer Massenkundgebung in Salzgitter über das Thema „Die Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft“. Mit Erlaubnis des Redners veröffentlichen wir hier die uns besonders wichtig erscheinenden Kapitel aus dieser Rede, die in der gesamten Gewerkschaftsbewegung besondere Beachtung und starken Widerhall verdient.*

*Die Redaktion*

### I

Häufig begegnet man in der sogenannten öffentlichen Meinung der Auffassung, daß im Grunde die Aufgabe der Gewerkschaften in unserer Gesellschaft schon erfüllt sei. Man will uns weismachen, daß es keine gesellschaftlichen Probleme mehr gäbe und spricht gern von einer „klassenlosen Mittelstandsgesellschaft“, indem man auf den modernen Wohlfahrtsstaat und die sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer hinweist.

Ist damit aber die Frage, *in was für einer Gesellschaft wir leben* und welche Stellung darin die Gewerkschaften einnehmen, schon beantwortet? — Ich glaube nicht! Die Tat-

sache allein, daß es vielen von uns heute bessergeht als ihren Vätern, besagt noch wenig über die *Struktur unserer Gesellschaft*. Die Abhängigkeiten des modernen Menschen haben sich nicht verringert, sondern eher vermehrt. Sie bestehen nicht nur im Arbeitsleben weiter fort, sondern auch in allen anderen Bereichen. Durch die früher nicht gekannte Existenz gewaltiger Massenbeeinflussungsmittel, durch das immer stärker hervortretende Eingreifen des Staates in alle Zweige des öffentlichen Lebens sind sie immer mehr gewachsen.

Deshalb muß sich jeder, der heute das Bestehen gesellschaftlicher Gegensätze leugnen möchte, fragen: Wo bleibt denn in diesem Netz neuer und alter Abhängigkeiten die Unabhängigkeit des einzelnen, wie ist es mit der Möglichkeit für die Arbeitnehmer bestellt, ihre Interessen gegenüber den steigenden Ansprüchen von Staat und Wirtschaft erfolgreich zu vertreten?

Wenn man die Dinge so sieht — und so müssen sie gesehen werden —, dann erkennt man ohne weiteres, welche ungeheure Bedeutung den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer gerade und erst recht in unserer Zeit zukommt.

Das gilt besonders für die Wirtschaft, denn in ihr zeigt sich immer wieder, wieviel an dem Gerede von der sozialen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in Wirklichkeit dran ist. Hier wird jeden Tag erneut die Probe auf das Exempel gemacht, ob man bereit ist, diese Gleichberechtigung auch wirklich zuzugestehen, .anstatt sie nur mit schönen Reden zu preisen.

Der Aufbau einer wahrhaft demokratischen und sozialen Ordnung ist nur möglich, wenn die Arbeitnehmer an der Willensbildung und den Entscheidungen unseres gesellschaftlichen Lebens überall beteiligt werden. Das ist eine Existenzfrage unserer Demokratie.

Politische Demokratie *allein* beseitigt noch nicht die wirtschaftliche Unfreiheit und die Abhängigkeit der Arbeitnehmer. Wirtschaftliche Unfreiheit bildet eine ständige Bedrohung der politischen Demokratie; das wissen wir aus den bitteren Erfahrungen unserer eigenen Geschichte nur allzu gut. Sie ist um so gefährlicher, als der durch wirtschaftliche Abhängigkeit erzeugte gesellschaftliche Druck oft nicht erkannt und sogar ganz bewußt verschleiert wird. Wenn aber wieder einmal in Krisenzeiten *wirtschaftliche Macht politisch mißbraucht* werden sollte, dann könnte es abermals zu spät sein.

Das Schicksal unserer Demokratie entscheidet sich nicht erst in einer unbestimmten Zukunft, es entscheidet sich täglich und stündlich, im ständigen Kampf gegen alle undemokratischen Tendenzen und Erscheinungen in unserem öffentlichen Leben.

In diesem Kampf sind und bleiben die Gewerkschaften ein wesentliches Element zur Festigung und Stärkung der Demokratie. Deshalb haben wir nach 1945 in den Mittelpunkt unserer gewerkschaftlichen Forderungen *die Mitbestimmung und die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie* gestellt. Es war das erklärte Ziel der Gewerkschaften, *die Neuordnung der Wirtschaft* durchzusetzen und nicht einem bloßen Wiederaufbau das Wort zu reden. — Heute wissen wir, daß nicht die Kräfte des Neuaufbaus triumphierten, sondern die restaurativen Elemente das Feld beherrschen.

Zur Verwirklichung der sozialen Demokratie gehört aber außer der Mitbestimmung noch ein weiteres: Die Verfügungsgewalt über die großen gesellschaftlichen Produktionsmittel muß ebenfalls demokratisch gestaltet werden, sie muß den Händen einiger Weniger oder kleiner Gruppen entzogen werden. Die *Überführung bestimmter Schlüsselindustrien und marktbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum*, die öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht in ihren verschiedenen Formen gehört zu einer freien, gerechten, demokratischen Wirtschaftsordnung, die das Ziel unseres gewerkschaftlichen Strebens ist und einzig der Würde freier Menschen entspricht.

Aus diesem Grund hat sich die IG Metall auch klar und deutlich für die wirtschafts- politischen Grundsätze ausgesprochen, die der Münchner Gründungskongreß des DGB 1949 beschlossen hat.

## II

Es ist noch in Erinnerung, daß auf dem Bundeskongreß des DGB in Hannover 1962 die wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Grundsätze aus Zeitmangel nicht mehr behandelt werden konnten. Sie sollen nunmehr auf einem außerordentlichen Bundeskongreß im November dieses Jahres verabschiedet werden.

Entgegen der ursprünglichen Absicht, nur eine Reihe von Grundsätzen zu beschließen, soll jetzt *ein geschlossenes neues Grundsatzprogramm verabschiedet werden*.

Wir als IG Metall haben dies gefordert, denn es genügt nach unserer Auffassung nicht, nur Einzelteile eines Programms zu schaffen. Wir wünschen *ein Programm aus einem Guß*, in dem die Ziele und Vorstellungen des DGB eindeutig und für die Öffentlichkeit klar erkennbar herausgestellt werden.

Dieses Programm soll Klarheit darüber bringen, was für den DGB und die in ihm vereinten Gewerkschaften von grundsätzlicher Bedeutung ist. Für eine demokratische Massenbewegung ist das unerläßlich, denn schließlich kann sich nicht jeder zum Hausgebrauch selbst etwas zurechtbasteln!

Wir haben aber keinen Zweifel darüber gelassen: Was wir wollen, ist *eine Verbesserung der Grundsätze und keine Verwässerung!* Die Neuformulierung des Grundsatzprogramms, die auf Grund der gewonnenen Erfahrungen notwendig ist, darf nicht bedeuten, daß wir uns Illusionen hingeben und den Blick für das verlieren, was sich tatsächlich in unserer Wirtschaft abspielt.

*Auf keinen Fall darf die Bedeutung des Gemeineigentums und der gemeinwirtschaftlichen Formen für die notwendige öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht im neuen Programm außer acht gelassen werden.* — In einer Zeit größter politischer Spannungen - draußen in der Welt wie bei uns in der Bundesrepublik — dürfen die Gewerkschaften sich nicht nur auf den engeren Kreis der betrieblichen oder tariflichen Probleme beschränken. Sie müssen imstande sein, das Ganze zu überblicken, die gesellschaftliche Entwicklung richtig einzuschätzen und Antwort auf alle Fragen zu geben, die Existenz und Wohlergehen der Arbeitnehmer berühren.

So haben wir es bisher gehalten, und so wollen wir es auch weiter tun. Wenn sich manche Leute darüber ärgern, weil sie die Gewerkschaften gerne an die Seite drücken und ihren Einfluß auf das soziale Geschehen schwächen möchten, so darf uns das nicht anfechten! Wir wollen und werden unseren Beitrag zur Verwirklichung einer wahrhaft demokratischen Ordnung und zur Sicherung des sozialen Fortschritts leisten.

## III

Können wir denn wirklich ehrlich sagen, daß bei uns politisch und sozial alles aufs beste bestellt ist? Können wir ernstlich behaupten, daß unsere Aufgabe erfüllt sei? Wer will uns das denn weismachen? — Doch gerade jene ewig Gestrigen, die sich heute überall wieder bemerkbar machen!

Wenn wir um uns blicken, müssen wir fragen: *sind wir schon wieder einmal so weit? Das Entsetzen packt uns über alles, was schon wieder möglich ist.*

Die Verketterung politisch Andersdenkender geht immer weiter. Wenn sich ein profilierter Mann wie der hessische Generalstaatsanwalt *Fritz Bauer* über die zweifellos

vorhandenen antisemitischen Tendenzen in der Bundesrepublik äußert, dann möchte man ihn am liebsten zum Landesverräter stempeln. Und wenn das Fernsehen eine kritische Reportage über unsere Zustände bringt, so erhebt sich ein Geheul, als ob an den Grundfesten der Gesellschaft gerüttelt würde.

Kritik ist nicht gefragt, sie wird diffamiert. Es fehlt nicht viel, daß man sie als zersetzend bezeichnet, wie in den unseligen Zeiten des Tausendjährigen Reiches. Das landläufige — und unsagbar dumme — Argument lautet: man arbeite den Kommunisten in die Hände. Wer aber tut das wohl mehr als diejenigen, die den sozialen Fortschritt hemmen, demokratische Freiheiten mißbrauchen, die Demokratie mit ihren egoistischen Interessen verwechseln!

Da gibt es Leute, die finden es ganz selbstverständlich, daß sich der Großadmiral, Führernachfolger und Kriegsverbrecher *Dönitz* vor Gymnasiasten stellt und ihnen Geschichtsunterricht erteilt. Das ist doch ein Skandal sondergleichen!

Von allen Seiten kommen Klagen darüber, daß es mit dem Unterricht über unsere jüngste Vergangenheit und die Zeitgeschichte in unseren Schulen schlecht bestellt ist. Unwissenheit, Gleichgültigkeit und politische Verstocktheit sind am Werk, um der Jugend ein völlig unzutreffendes Bild der nationalsozialistischen Zeit, ihrer Ursachen und Wirkungen zu geben.

Aber können wir uns darüber wundern? — Doch wirklich nicht, solange ein *Globke* Staatssekretär im Bundeskanzleramt ist, solange die Verbrechen führender Nazis immer noch nicht gesühnt sind und viele ihresgleichen unser öffentliches Leben unsicher machen, während die Kleinen für ihre Taten büßen mußten. Wenn oben an der Spitze nichts geändert wird, dann können sich freilich allerlei fragwürdige Fische ungestört in unserem bundesrepublikanischen Aquarium tummeln.

Auf der einen Seite hören wir immer wieder Beteuerungen von höchster Stelle, daß nunmehr alles bereinigt sei und keine nazistisch belasteten Personen in Amt und Würden mehr sind. Auf der anderen Seite müssen wir erleben — wie in *Würzburg* —, daß immer wieder neue Fälle ausgegraben werden — und zwar nicht von den berufenen offiziellen Hütern unserer Demokratie selbst, sondern entweder von aktiven, demokratisch gesinnten Bürgern oder gar auf Grund von Anzeigen und Material aus der Sowjetzone.

Wie sehr das alles der Glaubwürdigkeit unserer Demokratie schadet, zeigt uns *ein Blick in die Auslandspresse*. Mit Recht fragt man sich draußen, wie viel eine Demokratie wert ist, die solche Leute und solche Zustände immer noch duldet und offensichtlich wenig Neigung hat, mit einer unrühmlichen Vergangenheit endgültig und ein für allemal zu brechen.

Wir haben es immer wieder gesagt: Die Demokratie braucht Demokraten, sie braucht aktive, verantwortungsbewußte, demokratisch gesinnte Staatsbürger — aber keine Opportunisten und Diener der totalitären Diktatur. Man kann nun einmal nicht demokratische Gesinnung mit eingefleischten Antidemokraten pflegen!

Wie weit der Geist einer bürokratischen, öffentlichkeitsfeindlichen und undemokratischen Staatsgesinnung bei uns schon wieder herrscht, das hat die Affäre um den *Spiegel* deutlich genug bewiesen! *Franz Josef Strauß* freilich ist zunächst einmal darüber gestolpert, und die monatelang verhafteten Beschuldigten sind vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. *Aber damit ist der Schaden noch nicht behoben*, und noch viel weniger sind die Ursachen beseitigt, die derartige Übergriffe der Exekutive möglich gemacht haben. Auch hier erwiesen sich die staatlichen Hüter der Demokratie als Wölfe im demokratischen Pelz! *Nur der Wachsamkeit der Presse und der Öffentlichkeit ist es zu danken*, daß wir nicht unversehens in eine Staatskrise hineingerutscht sind. Die demokratische

Gesinnung unserer Bevölkerung war wieder einmal stärker als die unserer staatlichen Organe!

IV

Eben jene aber, die in dieser Affäre falsch und undemokratisch gehandelt haben, wollen uns einreden, daß wir dringend eine *Notstandsgesetzgebung* brauchen. Sie versichern uns mit großer Beredsamkeit, daß es natürlich eine demokratische Notstandsgesetzgebung sein werde. Doch wir haben allen Grund, ihren Worten mit äußerstem Mißtrauen zu begegnen. Uns schrecken nicht nur die Spuren der Vergangenheit und die katastrophale Erfahrung, die wir mit der Notstandsklausel der Weimarer Reichsverfassung gemacht haben. Uns schrecken auch die merkwürdigen Methoden, die viele Verfechter einer Notstandsgesetzgebung heute wieder an den Tag legen.

Niemand kann bestreiten, daß diese Frage von grundsätzlicher Bedeutung ist. Im Falle eines Notstandes geht es um Sein oder Nichtsein unserer jungen Demokratie! Es geht um die Wahrung der im Grundgesetz garantierten Freiheiten! Wir wollen nicht, daß durch eine Änderung des Grundgesetzes der staatlichen Exekutive Vollmachten eingeräumt werden, die es ermöglichen, unsere demokratischen Grundrechte außer Kraft zu setzen.

Deshalb und weil wir überzeugte Demokraten sind, haben wir ein besonderes Notstandsgesetz von vornherein abgelehnt. Wir sind der Überzeugung: Es ist nicht notwendig, es ist sachlich nicht gerechtfertigt, es wäre für unsere Demokratie kein Gewinn, sondern eine Gefahr.

Wir wollen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat! Wir bejahen ihn ohne Vorbehalte, wir werden es deshalb auch nicht zulassen, daß die demokratischen Grundrechte in Frage gestellt werden.

Man soll uns doch endlich einmal nachweisen, wieso wir angeblich eine besondere Notstandsgesetzgebung benötigen! Das hat bisher trotz vieler Worte und Reden noch niemand zuwege gebracht.

Unser Grundgesetz enthält zwar keine Notstandsklausel wie Artikel 48 der Weimarer Verfassung. Das haben die Verfasser des Grundgesetzes ganz bewußt vermieden. Aber das Grundgesetz enthält ein System von Sicherungen für Notstandsfälle, das es durchaus ermöglicht, Gefahren gegen die freiheitliche demokratische Ordnung abzuwehren. Entscheidend dabei ist, daß dieses Sicherungssystem der Exekutive keine unnötigen Vollmachten verleiht, mit denen sie die Demokratie selbst zugrunde richten könnte. Das ist das Entscheidende — für uns und für alle wirklichen Demokraten!

Eines ist klar: Sollten die Entwürfe des Bundesinnenministers *Höcherl* in ihrer jetzigen Form Gesetz werden, so würden sie *eine Knebelung der Gewerkschaften* bedeuten. Sie würden im Notstandsfall die Exekutive ermächtigen, über die Einschränkung der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit, über den Weg der Dienstverpflichtung und andere Bestimmungen die Gewerkschaften auszuschalten und das Streikrecht illusorisch zu machen. Die Gewerkschaften als wichtigste Verteidiger der Demokratie wären damit gerade in einer Situation gelähmt, die ihren höchsten Einsatz und ihre größte Aktivität benötigt. Das darf nicht sein!

Das sind die Gründe, warum wir eine zusätzliche Notstandsgesetzgebung ablehnen. Nicht nur unser Gewerkschaftstag in Essen, sondern auch der Bundeskongreß des DGB in Hannover hat mit einer klaren Zweidrittelmehrheit diesen Beschluß gefaßt. *Unser sachlich begründetes Nein ist ein Ja zur Demokratie und bedeutet kein Abseitsstellen:* Es ist notwendig zur Wahrung der Rechte der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen.